

■ Kurz vor den Herbstferien meldete der Weser-Kurier eine Protest-Demonstration von Eltern und SchülerInnen der Oberschule Sebaldsbrück. Die Bildungsdeputation hatte im letzten Dezember beschlossen, dass die Schule wegen geringer Anwahl im laufenden Schuljahr keine fünften Klassen erhält. Die Elternvertretung befürchtete das endgültige Aus für die Schule, wenn sie auch zum nächsten Schuljahr nicht angewählt werden kann – und die Wahlentscheidungen fallen jetzt. Am 7. November hat die Bildungs-

Standortplanung im Bremer Osten

Was wird aus der
Oberschule Sebaldsbrück?

Jürgen Burger

deputation nun entschieden, dass auch im Schuljahr 2014/2015 keine neuen fünften Klassen gebildet werden.

Wie kommt eine solche Negativ-Entwicklung zustande? Noch vor zehn Jahren hatte die Schule 106 Erstanwahlen und auch vor fünf Jahren mit 62 eine ausreichende Grundlage für ihre Arbeit. 2012 reduzierte sich die Zahl auf 16, was zum Deputationsbeschluss führte.

Die Oberschule
Sebaldsbrück,
1958 als
»Gymnasium an
der Parseval-
straße« für den
Bremer Osten
gebaut

Ungleichheit auf dem »freien Markt«

Der Vorgang ist nicht neu. Die Pestalozzistraße wurde vor vier Jahren geschlossen und als »Neue Ober-

schule Gröpelingen« wieder gegründet. Kurz darauf erklärte die Bildungsbehörde ihre Absicht, die Wilhelm-Kaisen-Schule zu schließen. Nach Protesten in der Neustadt zog sie die Ankündigung zurück. Die GEW hat damals darauf hingewiesen, dass die in Bremen betriebene Schulpolitik mit Regelmäßigkeit solche Negativ-Ereignisse hervorbringt. FDP und Grüne hatten in der Ampelkoalition 1995 gemeinsam die stadtweite Anwählbarkeit der Sek.-I-Schulen durchgesetzt, um jeweils für ihre Klientel – durchgängige Gymnasien und Reformschulen – zu sorgen. Die schulpolitischen Maßnahmen, die seitdem getroffen wurden (Abschaffung der Orientierungsstufe, Vermehrung der durchgängigen Gymnasien, Ausstattung einzelner Oberschulen mit Oberstufen) verstärken die Zentrifugalkräfte, die in dem damaligen Beschluss angelegt waren. Der »freie Markt« spielt sich zwischen höchst ungleichen Konkurrenten ab.

Schulen in sozialen Brennpunkten, Schulen mit hohem Gebäude-Sanierungsbedarf, Schulen ohne erfahrene Leitung und ohne starke Lobby im Stadtteil geraten spätestens dann in den Strudel, wenn mehrere dieser Faktoren zusammen kommen. Sie werden – wie die englische Schulinspektion es ausdrückt – zu »sink schools«. Die dann in Umlauf kommenden Gerüchte über eine bevorstehende Schließung besiegeln das Schicksal.

Die Kosten dieses »freien Marktes« sind hoch. Stark angewählte Schulen müssen anbauen, bekommen Container, verkraften kaum den Ansturm (was die Qualität senkt und die Arbeitsbelastung erhöht), während auf der anderen Seite Leerstände entstehen, depressive Stimmung sich ausbreitet, Versetzungen stattfinden. In England, dem Paradeferd des Neoliberalismus in der Bildungspolitik, werden diese Kosten bewusst in Kauf genommen. Sie dienen der Realisierung des strategischen Zieles »Privat statt Staat«. »Sink schools« werden dort in »academies« umgewandelt, die unter der Einflussnahme eines privaten Geldgebers stehen. Manche Entwicklungen bei uns weisen schon Anklänge daran auf: Mehrere ehemals staatliche Schulgebäude

wurden von privaten Bildungsträgern übernommen (u.a. Freie ev. Bekenntnisschule, Waldorf-Schule).

Fehler im System

Wenn es in der Bremer Schulpolitik keine Korrekturen gibt, wird die Entwicklung so weitergehen. In fast jedem Bremer Stadtteil gibt es inzwischen eine Oberschule mit unter 50 Erstanwahlen. Durchgängige Gymnasien, Oberschulen mit Oberstufe und traditionsreiche Gesamtschulen werden dagegen stärker angewählt. Verschärft wird die Konkurrenz in den nächsten Jahren durch den Rückgang der SchülerInnenzahl, der zwar nicht dramatisch ist, aber das Fass zum Überlaufen bringen kann. Die Ideologen des freien Marktes hassen das Wort »Regulierung«. Aber ohne eine gewisse Regulierung werden Ressourcen verschleudert und die soziale Schere öffnet sich immer weiter. GEW und ZEB haben sich 2010 dafür ausgesprochen, dass das Recht auf freie Schulwahl zwar nicht eingeschränkt, aber bei der Aufnahme in die neue Schule reguliert werden soll. Hier soll der Wohnort als oberstes Kriterium gelten. Diese Forderung wurde im Schulverwaltungsgesetz zwar aufgenommen, aber durchlöchert. Oberschulen können 30% der SchülerInnen nach Leistungskriterien vorziehen. Dieser Passus nützt den Schulen in sozialen Brennpunkten gar nichts, sondern führt nur noch dazu, dass auch die letzten leistungsstarken SchülerInnen die Nachbarschule besuchen. Im weiteren Sinne bedeutet Regulierung aber auch Steuerung bei der Mittelvergabe und Veränderung der Strukturen. Schulen in sozialen Brennpunkten dürfen wegen ihrer schwachen Anwahl nicht diskriminiert werden, sie müssen personell und baulich besonders gut ausgestattet sein, um ihre schwierige Aufgabe zu bewältigen. Und schließlich muss die Struktur verändert werden: Alle Oberschulen brauchen eine Oberstufe. Und das kann nur durch die Wiedereinführung der Oberstufenzentren als gemeinsame Oberstufe für mehrere Schulen realisiert werden.

